

## »Bürokratieabbau – jetzt die Reißleine ziehen!«



**CLAUS PAAL**

Präsident  
der IHK Region Stuttgart

**Auf eines darf man sich in Deutschland verlassen:** Dass auf jede neue Situation mit einem Gesetz, einer neuen Verordnung und einem Schwarm neuer Formulare reagiert wird. Trotz zahlloser Sonntagsreden wird die Bürokratie stets mehr und nicht weniger. Sie verschlingt immer mehr Ressourcen und lähmt uns in allen Bereichen des täglichen Lebens. Deshalb stößt die Forderung nach Bürokratieabbau in nahezu allen politischen Lagern zumindest verbal auf Zustimmung. Meist wird gefordert, die Verfahren zu beschleunigen. Dies ist gut gemeint und zweifellos sinnvoll, reicht aber bei weitem nicht aus, um des Problems Herr zu werden.

**Wir haben längst den Punkt erreicht, an dem wir mit einer bloßen Beschleunigung der Verfahren bei gleichbleibend hoher Regelungsdichte nicht mehr weiterkommen.** Woher soll das notwendige Personal auch kommen, wenn sowohl Behörden als auch die Unternehmen aller Branchen schon jetzt unter Fachkräftemangel leiden? Ebenso wenig bringt es, wenn wir uns im Klein-Klein verlieren und einzelnen besonders bizarren bürokratischen Auswüchsen hinterherjagen. Um wirklich etwas zu bewirken, müssen wir „vor die Lage kommen“ und an die Quellen der überbordenden Regelungswut gehen.

**Und hier wird es unangenehm. Denn es ist eine Tatsache, dass das Problem nicht allein von der Politik ausgeht, sondern tief in unserer Gesellschaft wurzelt.** Viele Menschen haben sich so sehr an ein Leben in Sicherheit und Wohlstand gewöhnt, dass sie glauben, fast jedes Lebensrisiko ausschließen zu können und zu müssen. Passiert dann unvermeidlicherweise doch etwas, wird sofort nach Schuldigen gesucht, die man zur Rechenschaft ziehen kann. Diese Vollkasko-Mentalität hat aber einen hohen Preis: Entscheider in Politik, Verwaltung, Bildungswesen und Wirtschaft gehen „auf Nummer sicher“. Sie legen Gesetze und Vorschriften möglichst eng aus und nutzen ihre vielfach vorhandenen Entscheidungsspielräume nicht, aus Angst vor Gericht und in die Medien gezerrt zu werden.

**Leider sind auch wir Unternehmer gegen diesen Ungeist nicht gefeit.** Während wir uns in guten Zeiten zu Recht gegen Ein-

griffe aus der Politik wehren, rufen viele allzu rasch nach staatlicher Unterstützung und staatlicher Regulierung, sobald sich der Wind gegen sie dreht. Natürlich war es richtig, dass der Staat in der Finanzkrise und während der Corona-Pandemie Verantwortung übernommen hat. Doch haben diese Krisen auch die Erwartungen an die staatlichen Akteure leider noch wachsen lassen. Diese Entwicklung ist bedenklich, denn sie untergräbt die Eigenverantwortung und die unternehmerische Freiheit. Wird der Staat mit immer neuen Aufgaben betraut, führt dies zwangsläufig zu einer weiteren Zunahme der Bürokratie.

**Um diese verhängnisvolle Negativspirale zu stoppen, müssen wir die Reißleine ziehen.** Dazu gehört es zuallererst, unnötige Verfahren abzuschaffen. Warum müssen zum Beispiel die Unternehmen jedes Jahr kontrollieren und dokumentieren, dass ihre Mitarbeiter, sofern sie dienstlich ein Auto benutzen, einen gültigen Führerschein haben? Schließlich weiß jeder Erwachsene, was die Konsequenzen sind, wenn man ohne Fahrerlaubnis am Steuer erwischt wird. Oder warum muss man einen Termin mehrere Wochen in der Zukunft ausmachen, nur um seinen längst verlängerten Pass persönlich im Rathaus ausgehändigt zu bekommen?

**Die IHK wird jetzt handeln, und dabei benötigen wir Ihre Hilfe.** Mit dem neu eingerichteten „Bürokratie-Check“ sammeln wir konkrete Fälle, in denen unnötige Bürokratie Ihnen als Unternehmerinnen und Unternehmern das Leben schwer macht. Daraus leiten Fachleute mit Hilfe eines KI-Tools Lösungsvorschläge ab, die systematisch wirken und die Quellen der Bürokratie verstopfen. Ich bitte Sie dringend: Beteiligen Sie sich an unserer Initiative und senden Sie uns unter [buerokratieabbau@stuttgart.ihk.de](mailto:buerokratieabbau@stuttgart.ihk.de) Ihre Erfahrungen. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag, um die Lähmung zu überwinden und der Eigenverantwortung und unternehmerischen Initiative wieder zu ihrem Recht zu verhelfen.